## II. MACHTAUSDEHNUNG UND MACHTEINDÄMMUNG IN DEN JAHREN VOR 1933

## 1. Gauclique und Gaubürokratie

Seit dem Übergang der NSDAP zur Massenpartei und Großorganisation im Jahr 1930 waren zwei Tendenzen in der Entwicklung der Führungs- und Organisationsstruktur der Gaue zu beobachten. Es begann einerseits die Bürokratisierung des Führungsapparates, dessen Arbeitsteilung zunahm und dessen Funktionäre auf der unteren Ebene stärker auswechselbar wurden, andererseits die Herausbildung eines internen Kreises innerhalb des Gauapparates und um den Gauleiter herum, einer "Clique", die die wichtigsten Fäden der regionalen Politik in der Hand hielt. Die Mitglieder dieser "Clique", die durchaus nicht immer die wichtigsten offiziellen Gauämter leiteten, bewegten sich ständig um den Gauleiter und konnten ihn beeinflussen. Er aber benutzte sie, um die Masse der Funktionäre in Bewegung zu halten. Diese kohärente Gruppe beherrschte, sich gegenseitig abstützend und sichernd, die Parteiorganisation und die vielfältigen Gliederungen. Bürokratischer Zweckrationalismus und personales Vertrauensverhältnis waren eng miteinander verwoben.

Sowohl die Bürokraten des exekutiven Apparates als auch die Cliquenmitglieder verkörperten meist nicht mehr den Typus des völkischen Schwärmers, sondern weit eher den des Parteifunktionärs, der sein Ziel, die Machtergreifung, mit kalkulierten personalpolitischen Organisations- und Propaganda-Techniken zu erreichen sucht. Die Kosten für die Organisation des neuen Typs, die Gehälter für die hauptamtlich besoldeten Anhänger und Vertrauensleute des Gauleiters, stiegen erheblich, Koch z. B. - und dieses Beispiel ist für die meisten Gaue gültig - wußte sie nicht anders, als durch sogenannte Opferring-Sammlungen und durch Zuschüsse seiner Sturm-Verlags-G.m.b.H., die die "Preußische Zeitung" herausgab, zu decken. Die Mittel für die Verlagsgründung hatte Koch einst von den Ortsgruppen aufbringen lassen, indem er ihnen sogenannte "Bausteine" mit dem Versprechen verkauft hatte, jede Ortsgruppe solle die Möglichkeit erhalten, in der Zeitung frei ihre Meinung zu veröffentlichen. Als die Zeitungsauflagen stiegen, begann Koch die Redaktion diktatorisch seinem Willen zu unterwerfen, um den Einfluß der ehemaligen Geldgeber zurückzudrängen<sup>1</sup>. Wie Koch, bildete sich auch Sprenger in Hessen erfolgreich eine Clique heran, indem er mittelmäßige, aber getreue Gefolgsleute an sich band. Der Gauleiter wählte im allgemeinen unerfahrene und junge Gauamtsleiter aus und schob die alten Parteimitglieder aus der Zeit vor 1930 beiseite. Ein Briefschreiber aus dem Gau beklagte sich bei Hitler: Sprenger werde im allgemeinen nur Bonze genannt, weil er sich eine Clique großgezogen habe, von der er nur Unterwürfigkeit verlange, während die kritischen Funktionäre von der Clique einfach boykottiert

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bericht des ehemaligen Ortsgruppenleiters von Insterburg v. 29. 9. 1932; DC Berlin: Koch.

würden. Sprenger sei es gleichgültig, ob ein Mitglied der Gruppe sich strafrechtlich vergangen habe, er vergelte den bedingungslosen Gehorsam mit ebenso bedingungsloser Rückendeckung, wenn einer seiner Vertrauensleute Unterstützung benötige<sup>2</sup>.

Da der Gauleiter darauf achtete, daß die Intelligenz und Fähigkeit der Gruppenmitglieder im allgemeinen seine eigene nicht überragte, entstand eine nivellierte, ziemlich stabile Führungsschicht, die alle Schalthebel der Macht in der Hand hielt und peinlich genau dafür sorgte, daß kein Unerwünschter, geistig Überlegener von außen eindrang. Während die Fluktuation in den unteren Rängen der Parteibürokratie verhältnismäßig groß war, änderte sich an der Personalbesetzung der politisch bedeutsamen Gauämter im allgemeinen nach 1930/31 relativ wenig. Röver berichtete noch 1942, daß es für einen Gauamtsleiter unmöglich sei, von einem Gau in den anderen zu wechseln, da er in dem neuen Gau nie mehr Fuß fassen könne und niemals die Stellung zurückerhalte, die er früher besessen habe<sup>3</sup>: die einheimische Gauclique torpediere ihn stets mit Eifer und Erfolg. So war es noch 1938 nicht möglich, Klagges aus Braunschweig, wo die Parteiclique auf die SS eingeschworen war, als Gauleiter nach Hannover zu versetzen, wo die Gauclique unter dem Einfluß des SA-Stabschefs und Oberpräsidenten Lutze stand. Bei den Gauleitern, die im Krieg Zivilverwaltungschefs und Reichskommissare in besetzten Gebieten wurden, ist allerorten zu beobachten, daß sie Teile der alten Clique mit in die neuen Gebiete nahmen, während der Rest für sie den alten Gau kontrollierte. Gerade auch dies spricht dafür, daß die Gauclique, die z.T. bis auf die Kreisebene herabreichte, während des ganzen Dritten Reiches relativ stabil war.

Der Umfang der Führungsclique ist schwer bestimmbar, da die jeweilige Bindung ihrer Mitglieder an den Gauleiter auf einem jeweils verschieden begründeten Abhängigkeits- und Vertrauensverhältnis beruhte, das sich bei der mangelnden Quellenlage heute bestenfalls noch fragmentarisch rekonstruieren läßt. Im Gau Rheinpfalz z. B. bestand bis in die Kriegszeit hinein eine enge Freundschaft zwischen dem Gauleiter Bürckel und seinem Stellvertreter Leyser. Großen Einfluß auf Bürckel besaßen auch der Kreisleiter und spätere Gaustabsamtsleiter Imbt, der Kreisleiter von Landau [Kleemann], der Chefredakteur der NSZ [Rasche] sowie ein Angehöriger des Gaustabes [Seegmüller]. Alle diese Funktionäre tauchten während der Amtszeit Bürckels stets in wichtigen Positionen des Staates und der Partei auf. Imbt z. B. wurde 1933 Präsident des Kreistages und sollte von hier aus die Bezirksregierung kontrollieren, später wurde er Oberbürgermeister von Kaiserslautern und während des Krieges der Beauftragte Bürckels in Metz. Zu Leyser hatte Bürckel ein solches Vertrauen, daß er ihm den Gau übertrug, während er selbst 1938 nach Wien ging.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Gutbrod an Reichsleitung ("Hitler persönlich"), 9.7.1933; DC Berlin: Sprenger. Bemerkenswert hierzu ferner ein Bericht über die allgemeine politische Situation der NSDAP vom April 1933; Inst. f. Zeitgesch.: FA 88/133. Der Bericht spricht von "einer bewußten Unterdrückung schöpferischer Kräfte durch die Sektionsführer" aus Eitelkeit und falschem Ehrgeiz.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Undatierte Denkschrift Rövers [aus dem Jahre 1942]; Inst. f. Zeitgesch.: Fa 204.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Aussage Leysers.

Ähnlich waren die Verhältnisse im Gau Düsseldorf. Hier gehörten zu der engen Führungsgruppe um Gauleiter Florian der Redakteur der "Volksparole" [Fetkötter], der Gauamtsleiter für Kommunalpolitik und Personaldezernent von Düsseldorf [Ebel] sowie der Staatskommissar Windgassen, der später in der Stadtverwaltung von Düsseldorf tätig war<sup>5</sup>.

Bis 1930 herrschte in den Gauen noch eine lockere, mehr oder weniger improvisierte Organisationsform vor, erst in der Folgezeit kam die hierarchisch-bürokratische Organisation stärker zur Entfaltung. Nach dem Vorbild der Reichsleitung richtete der Gauleiter in Baden z. B. zwei Führungsabteilungen ein. In der Abteilung I waren die wichtigsten Ämter zusammengefaßt. hr fiel vor allem die Aufgabe zu, die Agitation der verschiedenen Untergliederungen zu koordinieren und zu steuern<sup>6</sup>. Die Mehrzahl ihrer Amtsleiter gehörte nicht zum Stamm der alten Parteimitglieder aus der Gründungszeit der NSDAP, sondern war zwischen 1929 und 1931 in die Partei eingetreten und hatte sich gleich in die Führung gedrängt. Die Abteilung II hatte nicht die gleiche politische Bedeutung, sie war zuständig für die berufsständischen, die wirtschafts- und kulturpolitischen Gliederungen (Kulturamt, Wirtschaftsamt, Amt für Handwerker- und Angestellte, Schüler- und Studentenverbände, Lehrerbund, Juristenbund, Deutscher Frauenorden, Wehrpolitisches Amt)<sup>7</sup>.

Die Gauorganisation war damit 1931 vollständig aufgefächert und sollte in ihrer Grundstruktur bis auf die häufigen Namens- und Rangveränderungen, die Ley nach 1933 als Reichsorganisationsleiter in seiner Organisationswut dauernd anordnete, nicht mehr verändert werden. Es ist auffallend, daß diese Auffächerung erst sechs Jahre nach der Wiedergründung der Partei vollendet war: Die NSDAP brauchte ziemlich lange, bis sie auf der Gauebene eine stabile Organisation ausgebildet hatte. Diese Tatsache spricht nicht dafür, daß die organisatorische Effektivität die Ursache für die Erfolge der NSDAP war, vielmehr baute sie ihre Organisation erst vollständig aus, nachdem der große Erfolg schon eingetreten war.

Bei der Untersuchung der Gau-Aktivität auf einzelnen Gebieten wie der Propaganda oder Betriebszellenorganisation ergibt sich das gleiche Resultat. Erst 1930/31 gelangten die Gaue, die das Schwergewicht ihrer Propaganda bisher auf den Rednereinsatz bestimmter Personen gelegt hatten, zu einem systematischen und verbindlichen Vorgehen. So erschienen 1931 erste umfangreiche Richtlinien des Gaupropagandaamtes Rheinpfalz<sup>8</sup>, wonach die Propagandaführung im Gau zentralisiert wurde. Schriftverkehr der Ortsgruppen mit der Reichsleitung wurde untersagt und

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Auch Krebs (a.a.O., S. 115) berichtet "von der Bedeutung der sich gegenseitig stützenden und abschirmenden Cliquen" für die Gauleiter in dieser Phase der Parteientwicklung.

<sup>&</sup>lt;sup>5a</sup> Organisationsamt (Rückert), Propagandaamt (Kramer), Betriebszellenorganisation (Plettner), Nachrichtenamt (Köpfer), Kommunalpolitisches Amt (Rupp), Gau Uschla (Riedner), Presseamt (Krafft), Kassenverwaltung (Linck). BA: Slg. Sch., 208/I.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Richtlinien für die Gaupropaganda des Gaues Düsseldorf, 20. 11. 1931; Stadtarchiv Düsseldorf: Ebel. 3.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> BA: Slg. Sch., 208/I.

<sup>8</sup> BA: NS 26/1/142.

die Verteilung von Flugblättern monopolisiert. Die Ortsgruppen mußten monatlich über die Propagandaarbeit berichten. Ebenfalls erst im Frühjahr 1931 veröffentlichte der Gau Hessen-Nassau die ersten Richtlinien über die Gründung der Betriebszellenorganisation, welche die Aufgabe habe, "die Wurzel der Machtstellung des Marxismus, die Machtposition innerhalb der Betriebe, zu unterhöhlen und die Machtstellung der Arbeiterschaft innerhalb des Betriebes an sich zu reißen"9.

Ein gleiches gilt auch für die nach 1930 einsetzenden Versuche einiger Gaue, sich einen Nachrichtenapparat aufzubauen, der sowohl zur Überwachung der zahlreichen neuen Mitglieder wie zur Bespitzelung anderer Organisationen und Parteien dienen sollte. Im Februar 1931 z.B. ordnete Gauleiter Mutschmann für Sachsen die Einrichtung eines Gau-ND an, der "den Gegner mit Nachrichtenzellen . . . besetzen" sollte. In Hannover ging man etwas später ebenfalls an den Aufbau eines ND. Sonderliche Wirkung dürfte diese Aktivität der Gauleiter aber kaum erlangt haben; denn gerade auf dem Gebiet der Nachrichtenbeschaffung wurden ihre Selbständigkeitsbestrebungen schnell gebremst. Der im August 1931 entstandene Sicherheitsdienst (SD) der SS erkämpfte sich bald gegen alle Konkurrenz das Monopol der Nachrichtenbeschaffung in der Partei.

Der Hang der Gauleiter, über die Partei ihres Gaues wie ein Satrap einsam zu herrschen, hatte einen erheblichen Mangel an Koordination unter den Gauleitungen zur Folge. Gregor Straßer hatte 1925 versucht, von unten her, durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Gauleiter, Formen der kollegialen Zusammenarbeit zu entwickeln, die sich vom höfischen Führungsstil der Münchener Zentrale unterschieden; 1932 bemühte er sich als Organisationsleiter der Partei (ab 1928) den um sich greifenden Zentrifugalkräften des Führerprinzips durch Inspektion und Koordination von oben her entgegenzuarbeiten, die Gauleiter zusammenzuhalten und als oberstes Führerkorps zum Kern der Politischen Organisation der NSDAP zu machen.

Den Fliehkräften sollte die am 17. 8. 1932 verfügte Einsetzung von Reichs- und Landesinspekteuren der PO entgegenwirken. Diese waren nicht Vorgesetzte der Gauleiter, sondern nur besonders bevollmächtigte Beauftragte der Reichsorganisationsleitung, vergleichbar den schon vorher innerhalb der SA eingesetzten OSAF-Stellvertretern. Sie sollten für die einheitliche Ausrichtung von Politik und Organisation der Partei innerhalb ihres Inspektionsbereiches, für die Schlichtung von Streitigkeiten Sorge tragen, bestimmte Personalfragen bearbeiten und für politische Verhandlungen mit Personen außerhalb der NSDAP zuständig sein<sup>11</sup>. Von diesem Aufgabenbereich her hätten sich die Reichs- und Landesinspekteure durchaus zu Vorgesetzten der Gauleiter entwickeln können.

Mit Rücksicht auf die Gauleiter waren aber die Anordnungs- und Machtbefugnisse der Inspekteure sehr eingeschränkt. Dies entsprach wohl auch den Wünschen Hitlers, der die Einrichtung der Landesinspekteure nur ungern tolerierte und darin

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Befehl v. 26. 2. 1931 zur Gründung des Gau-ND Sachsen; BA: Slg. Sch., 208/I.

<sup>11</sup> Inst. f. Zeitgesch.: ZS 268.

mit Recht ein Mittel des Organisationsleiters Straßer sah, die Gauleiter stärker an seine Person zu binden.

Als Landesinspekteure wurden ausschließlich Gauleiter ernannt<sup>12</sup>: In der Reichsinspektion I (Oblt. Schulz) die Landesinspekteure für Niedersachsen: Rust (Westfalen-Nord und -Süd, Weser-Ems, Ost-Hannover und Süd-Hannover), für Mitteldeutschland-Brandenburg: Loeper (Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, Brandenburg, Ostmark), für Nord: Lohse (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern), für Ost: Brückner (Schlesien, Ostpreußen, Danzig), für Berlin: Goebbels; und in der Reichsinspektion II (Ley) die Landesinspekteure für Bayern: Ley (Mittelfranken, München-Oberbayern, Oberfranken, Oberpfalz-Niederbayern, Rheinpfalz, Schwaben, Unterfranken), für Südwest: Sprenger (Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau, Württemberg), für West: Haake (Düsseldorf, Essen, Koblenz-Trier, Köln-Aachen, Saar), für Sachsen-Thüringen: Mutschmann (Sachsen, Thüringen) und für Österreich: Habicht<sup>13</sup>.

Großen Einfluß hatten die Landesinspekteure auf die Gaue nicht, da die Gauleiter ihnen naturgemäß passiven Widerstand entgegensetzten. So übten sie auch in der Krise um Gregor Straßer im Dezember 1932 keinen Einfluß aus: Am 8. 12. 1932 wurden sie vormittags in Berlin zusammengerufen, wobei ihnen Straßer erklärte, er habe seine Ämter niedergelegt, da er Hitlers politische Taktik und seinen Führungsstil nicht mehr mitmachen könne. Die Inspekteure baten ihn dringend zu bleiben. Als sie am Mittag des gleichen Tages mit Hitler zusammentrafen, empfing er sie mißtrauisch und stellte sie vor die Alternative: wenn sie ihn im Stich ließen, sie, die "Säulen der Bewegung", dann bräche die Bewegung zusammen. Vor einer solchen Konsequenz scheinen alle Inspekteure zurückgeschreckt zu sein<sup>14</sup>. Nach Straßers Rücktritt hob Hitler diese ihm unsympathische Einrichtung wieder auf.

Eine Gelegenheit, aus der jeweiligen Hausmacht der Gauleiter ein geschlossenes Machtgefüge der Parteiorganisation zu schaffen, war damit gescheitert. Je weniger aber die Gauleiter fähig und bereit waren, sich als Führerkorps zu etablieren und gemeinsam aufzutreten, umso mehr machte sich die eigenbrötlerische Beschäftigung mit den jeweiligen Problemen des Gaues, das unkoordinierte Nebeneinander der Gaue bemerkbar. Die Presseunternehmungen und Pressekämpfe der Gauleiter sind dafür ein Beispiel.

## 2. Die Pressekämpfe der Gauleiter

Hitler und die Reichsleitung der NSDAP konnten es nach der Neugründung der NSDAP nicht verhindern, daß neben dem Zentralorgan der NSDAP, dem in Mün-

<sup>12</sup> Vgl. Dienstvorschrift der P.O. der NSDAP vom 15. 7. 1932, Inst. f. Zeitgesch.: Db 01. 05.

<sup>13</sup> BA: NS 26/1290.

Nachträglicher Bericht des ehemaligen Gauleiters Hinrich Lohse aus dem Jahre 1952;
Inst. f. Zeitgesch.: ZS 265.

chen unter Max Amanns Verlagsleitung (Eher-Verlag) herausgegebenen "Völkischen Beobachter" (VB), andere nationalsozialistische Blätter entstanden. Meist waren dies kleine, kurzlebige Gauzeitungen, deren Gründung von den jeweiligen Gauleitern betrieben wurde. In einigen Fällen, so bei den Blättern, die im Kampf-Verlag der Brüder Straßer oder beim Fränkischen Volksverlag Gottfried Feders herauskamen, handelte es sich um größere private Verlags-Unternehmen, die über die Grenzen eines Gaues hinausreichten bzw. Blätter für mehrere Gaue verlegten. Die wirtschaftliche Situation dieser Verlage und entsprechend das Niveau der Blätter waren meist deprimierend. Es fehlte an genügend Kapital, guten Druckereien, erfahrenen Journalisten. Oft waren die Herausgeber nicht in der Lage, die Belieferung mit Nachrichten durch die großen Nachrichtendienste zu bezahlen oder sich einem Korrespondentennetz anzuschließen. Dementsprechend waren ihre Zeitungen als Nachrichtenblätter vielfach wertlos. Diesen Mangel suchte man durch sensationelle Hetzartikel mit propagandistischer Lautstärke auszugleichen. Dabei hatte man aber häufig wegen böswilliger Schmähungen und Verleumdungen mit behördlichen Verboten zu rechnen, die den ohnehin meist verschuldeten Blättern schwer zu schaffen machten.

Die einzige aussichtsreiche und halbwegs sichere Basis des Vertriebs bestand darin, daß man die Parteigenossen des betreffenden Gaues oder Gebietes zum Abonnement verpflichtete und die Parteigenossen und SA-Männer für die Werbung und den Vertrieb einsetzte. Ohne diese Einschaltung der lokalen und regionalen Parteiorganisation zu kostenloser Werbungs- und Vertriebsarbeit wären die meisten Blätter überhaupt nicht zu halten gewesen. Gerade hieraus ergaben sich aber zahlreiche Konflikte. Sie entzündeten sich z.B. an der Frage, welches Blatt in einem Gebiet als offizielles Organ der NSDAP zu gelten habe und zum Abdruck offizieller Parteinachrichten und -bekanntmachungen befugt sei. Außer mit dem VB gerieten die Zeitungsgründungen einzelner Gauleiter hierbei mit den größeren privaten NS-Verlags-Unternehmen (Straßer, Feder) in Konkurrenz. Und mit der Gründung eigener Blätter tendierten die Gauleiter und Gauverlage dahin, auch in Nachbargaue einzuwirken, die noch über keine gaueigenen Zeitungen verfügten. Die sich aus dieser Dauerkonkurrenz ergebende Zersplitterung verringerte aber für alle NS-Blätter die Aussichten auf größere Verbreitung und Auflagenzahl, erhöhte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Frequenz der Bankrotte und Neugründungen. Zweifellos wurde die Herausgabe eigener Zeitungen von den Gauleitern als eine Prestige- und Machtfrage betrachtet, außerdem erhoffte man sich daraus mit der Zeit eine eigene Einnahmequelle, unabhängig von den Mitgliederbeiträgen. Dementsprechend rücksichtslos wurden die Kämpfe geführt.

Die von Goebbels 1927 in Berlin gegründete Wochen-Zeitung "Der Angriff" mußte von vornherein als Gegenunternehmen gegen die von Gregor und Otto Straßer im Kampf-Verlag herausgegebene "Berliner Arbeiterzeitung" angesehen werden, die bisher in Berlin als gauamtliches Blatt gegolten hatte<sup>15</sup>. Da Goebbels in der Folgezeit immer stärker darauf hinwirkte, daß Bekanntmachungen und Auf-

<sup>15</sup> Vgl. dazu: Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, a.a.O., Anhang, Dok. Nr. 16.

rufe der Gauleitung nun im "Angriff" veröffentlicht wurden, entzog er dem Straßer-Blatt allmählich die Existenzgrundlage. Die Rivalität der beiden Zeitungsunternehmungen in Berlin trug wesentlich zur Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen Goebbels und Otto Straßer bei. Letzterer hatte dabei 1927 u.a. die Unterstützung des damaligen Elberfelder Bezirksleiters Erich Koch, der im April 1927 in den Straßer-Blättern einen Artikel über die "Folgen der Rassenvermischung" veröffentlichte, den Goebbels auf sich beziehen mußte und den er beantwortete, indem er seinerseits Denunziationen unterstützte, die den Straßer-Verlag der finanziellen Abhängigkeit vom Hugenbergschen Scherl-Verlag beschuldigten<sup>16</sup>.

Ähnliche Auseinandersetzungen hatte der Kampf-Verlag 1927 mit dem ehemaligen Bezirksleiter von Essen, Josef Terboven, auszufechten, der sich trotz Abraten Gauleiter Kaufmanns nicht davon abhalten ließ, in Essen eine eigene Zeitung ("Die Neue Front") zu gründen. Terboven, der schon 1925/26 mit einem Verlagsunternehmen gescheitert war, blieb einer der hartnäckigsten Zeitungsgründer. "Die Neue Front" geriet sofort in Konkurrenz mit den bisher im Ruhrgau vertriebenen Straßer-Blättern. Am 17. 10. 1928 schrieb Terboven an Hitlers Sekretär Rudolf Heß, er habe erfahren, daß ein Vertrauensmann des Kampf-Verlages vom Bezirksführer Koch in Elberfeld den Auftrag erhalten habe, die Ortsgruppe Essen zu sabotieren und die Unfähigkeit ihrer Führer zu beweisen. Terboven gelang es dann, in Gegenwart Hitlers und Josef Wagners, die Brüder Straßer zu dem Versprechen zu veranlassen, daß sie gegen sein Zeitungsunternehmen keinen Kampf führen würden. Dennoch meldeten die Blätter des Kampf-Verlages weiter manche für Terboven ungünstige Interna aus dem Gau Ruhr, und wegen der kaufmännischen Unfähigkeit Terbovens ging "Die Neue Front" 1929 ein<sup>17</sup>.

Das Mißgeschick entmutigte Terboven jedoch nicht. Noch am Ende des gleichen Jahres (1929) gründete er – inzwischen zum Leiter des selbständigen Partei-Betriebs Essen ernannt - in Essen die "Nationalzeitung". Er kam dadurch aber sofort in Konflikt mit dem neuen Gauleiter von Westfalen-Süd, Josef Wagner, der kurz zuvor in Dortmund ein eigenes Blatt ins Leben gerufen hatte, für das er auch in Westfalen-Nord (Gauleiter Dr. Alfred Meyer) und im Bezirk Essen um Abonnenten warb. Terboven fand einen Bundesgenossen gegen Wagner in Gauleiter Meyer, der seiner Gauorganisation befahl, "das eigenmächtige Vorgehen der Zeitung zu unterbinden"18. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden NS-Organen wurden mit Genugtuung in der bürgerlichen Presse behandelt und veranlaßten den Partei-Uschla zu dem salomonischen Urteil: Terbovens "Nationalzeitung" dürfe sich zwar "Organ der NSDAP", aber ohne örtliche Bezeichnung nennen und im gesamten Ruhrgebiet Abonnenten werben, aber auch Wagners Zeitung (mit dem neuen Titel "Westfalenpost") könne überall in Westfalen – und selbst in Essen – vertrieben werden. Keine der beiden Zeitungen sollte aber die Erlaubnis haben, die Parteiorganisation des Nachbargaues zum Zweck der Abonnentenwerbung zu benut-

<sup>16</sup> Ebenda, Dokumente 6-14.

<sup>17</sup> Zum Vorstehenden: DC Berlin: Akten des OPG, Gliemann.

<sup>18</sup> DC Berlin; Akten des OPG, Josef Wagner.

zen<sup>19</sup>. Damit war die Beschränkung der beiden Blätter auf das Gaugebiet weitgehend erzwungen, da ohne die "Nachhilfe" der Parteiorganisation wenig zu erreichen war.

Terboven hatte die "Nationalzeitung" 1929 mit 20000 RM Anfangskapital gegründet. Im Jahre 1930, als die NSDAP bei den Reichstagswahlen ihren sensationellen Erfolg erlebte und kreditwürdig wurde, beschaffte er ein Darlehen von 200000 RM, mit dem er das Zeitungsunternehmen großzügig ausstattete. Die "Nationalzeitung", die ab 1931 auch Zuschüsse von der Reichsleitung erhielt und eine wachsende Zahl von Anhängern der NSDAP als Abonnenten gewann, stand dennoch 1932 erneut dicht vor dem Bankrott und wurde erst durch die Machtergreifung im Jahre 1933 vor dem Untergang gerettet<sup>20</sup>.

Wie im Norden der Kampf-Verlag stritt sich in Süddeutschland Gottfried Feder mit eigenwilligen Gauleitern und ihren Presseambitionen herum. Am 28. 9. 1929 beschwerte er sich bei Hitler über Gauleiter Bürckel (Rheinpfalz), weil dieser vertragswidrig das bisher in Feders Fränkischem Volksverlag neben anderen Blättern ("Hessenhammer", "Die Flamme") herausgegebene pfälzische Gaublatt "Eisenhammer" in eigene Regie genommen und damit die Rentabilität des Fränkischen Volksverlages in Frage gestellt hatte. Da Bürckel auch die vertraglich festgelegte Ablösung (5000,– RM) nicht gezahlt hatte, verklagte Feder ihn außerdem mit Erfolg vor einem ordentlichen Gericht. Als die gegenseitigen persönlichen Beschimpfungen dann auch vor den Partei-Uschla kamen, erzielte Feder, der glaubte, wegen dieser Vorkommnisse Bürckels Absetzung als Gauleiter mit Hilfe Hitlers erzwingen zu können, keinen Erfolg<sup>21</sup>. Bürckel war zwar aus finanziellen Gründen gezwungen, den "Eisenhammer" einzustellen, aber schon 1930 gründete er die "NS-Rheinfront", die sich nach der Machtübernahme (unter dem Verlagsleiter Kuhn) zu einem lukrativen Gau-Unternehmen entwickelte.

Etwa zur gleichen Zeit geriet Feder mit Julius Streicher in Streit. Streicher weigerte sich, seine Parteiorganisation, vor allem die verhältnismäßig starke Ortsgruppe Nürnberg, für die Werbung und den Vertrieb der "Flamme" aus dem Fränkischen Volksverlag zur Verfügung zu stellen. Er brachte es sogar fertig, die Zeitungsboten, welche die "Flamme" austrugen, Feder abspenstig zu machen und für sein eigenes Blatt, den "Stürmer", zu verwenden, so daß die Interessen der Federschen Zeitung stark geschädigt wurden. Streicher überredete obendrein den Gauleiter von Mittelfranken, Grimm, dazu, seinen Kontrakt mit Feder, aufgrund dessen die "Flamme" als offizielle Zeitung des Gaues Mittelfranken anerkannt worden war, wieder zu lösen, und er befahl schließlich seinen Nürnberger Anhängern, niemals in der "Flamme" zu inserieren. Streicher verfolgte mit alldem rücksichtslos die geschäftlichen Interessen seines eigenen antisemitischen Hetzblattes. Der wütende Feder nannte daraufhin in einem Schreiben an Hitler (8. 11. 1929) den "Stürmer" ein

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Uschla an Gau Essen, 6. 12. 1930; BA: Slg. Sch., 199b.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> O.J. Hale, a.a.O., S. 56.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Das Vorstehende nach: DC Berlin: Bürckel (Korresp. Feder-Hitler und Bürckel-Hitler 1929/30).

"Erwerbsunternehmen", das die "Spekulation auf die Lüsternheit" zur Grundlage habe<sup>22</sup>. Er drückte dabei übrigens nur die Meinung der meisten damaligen Gauleiter aus, die ebenfalls der Ansicht waren, Streicher gehe es bei der Verbreitung schmutziger antisemitischer Geschichten vor allem darum, Geld zu verdienen. Aber auch in diesem Falle vermochte Feder keine Hilfe bei Hitler zu erlangen. "Die Flamme" mußte ihren Vertrieb einstellen und dem "Stürmer" das Feld räumen.

Daß private, wirtschaftlich nicht von der Partei abhängige Verlage wie die Feders und der Brüder Straßer zugunsten der Zeitungen einzelner Gauleiter, an denen sich der Eher-Verlag vielfach auch finanziell beteiligte, zurückgedrängt wurden, entsprach zweifellos auch der politischen Taktik Hitlers und der Reichsleitung. Allerdings vermochten Reichsleitung und Eher-Verlag die ausschweifenden Presseambitionen der Gauleiter nicht zu zügeln, obwohl Hitler verschiedentlich vor wirtschaftlich sinnlosen Zeitungsgründungen in den Gauen abriet und stattdessen die Verbreitung des VB als des Hauptorgans der NSDAP zu forcieren bemüht war²³. Oft genug steckten dazu Gauleiter Parteigelder in ihre privaten Zeitungsunternehmen. Eines besonders krassen Vergehens dieser Art machte sich 1932 Robert Ley schuldig, der im Rheinland den Privatverlag des "Westdeutschen Beobachters" besaß und weiterbehielt, auch als er die Gauführung im Rheinland anderen überlassen und als Stellvertreter Straßers in die Organisationsleitung der NSDAP nach München übergewechselt war.

Ley hatte einen Papierfabrikanten, welcher der NSDAP gewogen war, dazu überredet, den Gauen Köln-Aachen und Koblenz-Trier zwei Waggons Papier billig zu überlassen. Ley führte die Papierrollen dem "Westdeutschen Beobachter" zu, war aber gleichzeitig so unverfroren, dem ahnungslosen Gauleiter Simon die Summe von 1672,50 RM abzuverlangen. Simon überwies den Betrag in der Hoffnung, dieser werde an den Gau Köln weitergeleitet, erhielt aber kein Papier, weil Ley dieses für seine eigene Zeitung längst aufgebraucht hatte. Als Simon den Zusammenhang durchschaute und feststellen mußte, daß die Kölner Gaukasse das Geld nicht erhalten hatte, strengte er ein Gaugerichtsverfahren gegen Ley an. Ley gestand den Betrug ein, zumal der Fabrikant aussagte, er habe das Papier nur für die Gaue und nicht für den "Westdeutschen Beobachter" gestiftet. Ley weigerte sich aber, das erschwindelte Geld an Simon zurückzuzahlen, da der Gau Koblenz das Geld nicht benötige. Simon strengte daraufhin ein Reichs-Uschla-Verfahren an und drohte, um seiner Klage Nachdruck zu verleihen, mit einer gerichtlichen Anzeige. Den Bemühungen der Reichsleitung, der alles daran lag, die Kompromittierung eines bedeutenden Parteiführers zu verhindern, gelang es, Simon zu bewegen, seine Forderung an eine Druckerei abzutreten, welche dann sozusagen als neutrale Stelle Ley verklagte<sup>24</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> DC Berlin: Bürckel.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Vgl. O.J. Hale, a.a.O., S. 4f.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Simon an Buch, 18. 9. 1932; DC Berlin: Simon. Der WB war durch die Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932, durch die preußische Landtagswahl v. 24. 4. 1932 und durch die Reichstagswahl v. 31. 7. 1932 völlig verschuldet. Er hatte 2.613.950 Exemplare gratis

Als 1930, nach dem Erfolg bei den Reichstagswahlen, neue Mitgliedermassen einströmten, und daher die Gaukassen sich füllten, wagten es die Gauleitungen, die Auflagen ihrer kleinen Zeitungen zu erhöhen. Obgleich die Bedingungen jetzt günstiger wurden, blieb die Gründung und Erhaltung der Gauzeitungen ein ständiges Hasardspiel. Eine der erfolgreicheren nationalsozialistischen Zeitungen war das "Frankfurter Volksblatt" des Gauleiters Sprenger, der mit einer sechzigprozentigen Beteiligung des Eher-Verlags im Sommer 1930 anfing. Bis Oktober 1933 brachte die Zeitung es auf eine Druckauflage von 70000 Exemplaren. <sup>25</sup>

Auch Erich Koch in Ostpreußen hatte einigen Erfolg mit seiner "Preußischen Zeitung", deren Anfangskapital er durch einen sogenannten Opferring unter vielen Versprechungen an die Ortsgruppen hatte sammeln lassen<sup>26</sup>.

Die Art und Weise, in der sich die Parteiverleger bekämpften, war ein Vorgeschmack darauf, wie sie 1933 gegen die bürgerlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Verlage vorgingen. Durch mehr oder minder gewaltsame Manipulationen gelang es einer Reihe von Gauleitern, Zeitungsunternehmen politischer Gegner mit ihren Unternehmen zu fusionieren, Abonnentenstämme zu übernehmen und dadurch ihre wirtschaftliche Position zu sanieren oder zu verbessern. Gegenüber der Aktivität des neu eingerichteten Propagandaministeriums bedeutete diese wirtschaftliche Sicherung für viele Gauleiter zugleich eine politische Stärkung. Ihre regionalen Parteizeitungen mit hohen Auflagen bildeten nach 1933 ein gewisses finanzielles Rückgrat und dienten ihnen als Organe, in denen sie ihre eigenen Vorstellungen unabhängig von Goebbels und dem Eher-Verlag verbreiten konnten. Daran änderte die rechtliche Übernahme der meisten Parteizeitungen durch den Eher-Verlag nichts. Da die Interessen der Gauleiter innerhalb der NSDAP selten ganz identisch, sondern meist von Gau zu Gau verschieden waren, blieb das Bedürfnis nach eigenen Propaganda-Organen bestehen.

Pressekämpfe der Gauleiter vor 1933 hatten meist zur Verschlechterung der nachbarlichen Kontakte der Gauleiter beigetragen. Sie verschlechterten damit auch die Chancen eines innerparteilichen Zusammenschlusses der Gauleiter gegenüber der Reichsleitung oder gegenüber Hitler. Die grundsätzliche Zusammenhanglosigkeit des Gauleiterkorps erleichterte Hitler die Ausübung des Herrschaftsprinzips "divide et impera".

## 3. Die Gauleiter und die SA

Als Hitler nach längerem Zögern 1926 die einheitliche Neuorganisation der SA unter der Leitung des ehemaligen Gauführers v. Pfeffer anordnete, geschah das in der

verteilt und dafür 23.372,46 RM ausgegeben, ohne daß die Kosten gedeckt waren. Ley hoffte wohl auch, durch den hier dargestellten Betrug sein Defizit beseitigen zu können.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> O.J. Hale, a.a.O., S. 52.

<sup>26</sup> S. ob., S. 56.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Hale, a.a.O., S. 67 ff. bringt zahlreiche Beispiele für diese Praxis.

Absicht, daß die SA künftig nicht, wie vorher unter Röhm, ein mehr oder weniger eigenständiger Wehr- und Kampfverband, sondern der politischen Organisation der NSDAP untergeordnet und ihr dienstbar sein sollte. Gleichwohl war es ein unvermeidliches Ergebnis der Neuorganisation, daß die SA-Einheiten, die in der Interimszeit 1924/25 in den einzelnen Ortsgruppen und Gauen eng mit der lokalen Parteiorganisation verbunden gewesen waren, künftig organisatorisch stärker verselbständigt wurden. Diese Entwicklung ging zunächst nur langsam voran. Schon in den Jahren 1926/27 spielte, wie an einzelnen Beispielen deutlich wurde, in einer Reihe von Ortsgruppen und Gauen die SA bzw. SA-Führung die Rolle einer eigenwilligen Sonderfraktion. So war es bezeichnend, daß sich der thüringische Gauleiter Dinter im April 1927 gegenüber dem OSAF v. Pfeffer darüber beklagte, daß dieser nur direkt mit der Thüringer Gau-SA verkehre und den Gauleiter über den Ausbau der SA nicht informiere oder um Unterstützung bäte<sup>28</sup>.

In den folgenden Jahren verstärkte sich die Trennung der SA von der PO. Nicht zuletzt das Wirken der OSAF-Stellvertreter, die mit ihren Stäben über der Gau-SA standen, förderte diesen Prozeß. Gauleiter Loeper bezeichnete diese Stäbe in einem Brief an den Reichsschatzmeister als überflüssig und klagte darüber, daß der Stab "Oberorst" das Geld, das die Gaue als SA-Steuer an die Reichsleitung zahlten, damit es von dort aus wieder gerecht an die Gau-SA verteilt würde, unbegründet zurückbehielten<sup>29</sup>. Schwarz kündigte ihm vertraulich die Abschaffung der SA-Steuer und eine Reform der SA-Finanzierung an<sup>30</sup>. In einem anderen Brief war die Tonart noch gereizter: "Ja was bilden sich diese Herren denn eigentlich ein? (gemeint war der OSAF-Stellvertreter Stennes). Wir sind froh, wenn wir eine SA geschaffen haben und wenn wir vernünftige Leute an der Spitze stehen haben. Dann kommt irgendein Stab, der nie in einer Versammlung geredet, Leute geworben, SA aufgebaut hat, stellt sich an die Spitze des von uns geschaffenen Verbandes, behängt sich mit goldenen Streifen, macht sich in den Augen der Arbeiter lächerlich und schikaniert ernsthafte Männer wie dumme Jungen"<sup>31</sup>.

Neben dem selbstherrlichen Gebaren des SA-Stabes "Oberost" war Loeper vor allem über die Gründung der SS, von der er erst hinterher erfahren hatte, und über die wachsende Aufgliederung der Partei in unabhängige Organisationen besorgt.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Dinter an v. Pfeffer, 6. 4. 1927; BA: Slg. Sch., 403.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Loeper an Schwarz, 3. 1. 1929; BA: Slg. Sch., 204.

<sup>30</sup> Schwarz an Loeper, 5. 1. 1929; ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Loeper an Schwarz, 8. 12. 1928; ebenda. Zu ähnlicher Rivalität zwischen PO und SA kam es im Gau Thüringen, wo die Arroganz der SA-Führer Streitigkeiten mit Sauckel verursachte. Der Gau-SA-Führer Donnerhack verweigerte der Gauleitung den Einblick in die Befehle des OSAF, bezeichnete in öffentlichen Versammlungen die Politischen Leiter als "politische Trottel" oder "politische Würstchen" und verhinderte die Teilnahme von SA-Stürmen an Feierlichkeiten der Gauleitung (Sauckel an Reichsleitung, 9. 7. 1928; DC Berlin: Sauckel). Sauckel beantragte die Abberufung Donnerhacks, der von sich selbst sagte, wenn er hysterisch werde, werde er "wie ein Vieh". Dem Wunsch Sauckels wurde stattgegeben, und der OSAF ernannte den dem Gauleiter angenehmen Zunckel (Sauckel an Hitler, 20. 8. 1928; DC Berlin: Sauckel).

"Der Gauleiter wird überhaupt nicht gefragt . . ., wenn irgendwo im Gau eine SS aufgezogen wird. Plötzlich ist sie da und man darf sie staunend bewundern . . . Der Gauleiter, der Tag und Nacht für die Partei sorgt und kämpft, endet schließlich damit, der Propagandist und Eintreiber der Beiträge zu sein, das übrige besorgen andere Leute in- und außerhalb des Gaues, auf die man keinen Einfluß hat, die man höchstens bitten darf, doch nicht alles durcheinandertrampeln zu wollen."32

Im Jahre 1930 traten die hier von Loeper beklagten Tendenzen noch deutlicher zutage. Mit ihrem Herauswachsen aus den Gauen und der Aufstellung riesiger Verbände erhielt die SA immer mehr Möglichkeiten, ohne Rücksicht auf die Gauleiter in das politische Geschehen einzugreifen. Die SA, die im August 1931 rund 170000 Mann umfaßte, war der PO vor allem darin überlegen, daß sie die Straße beherrschte und als der Hauptträger des aggressiv geführten Kampfes gegen die "marxistischen" Gegner ein besonderes Wertbewußtsein entwickelte, das noch dadurch gefördert wurde, daß sich die SA-Führer (meist ehemalige Offiziere) ihrer sozialen Herkunft und dem militärischen Stil ihres Lebens nach von den Führern der PO unterschieden. Typischen Ausdruck fand dieses Selbstgefühl in dem Tagesbefehl des Stabschefs der SA (seit Anfang 1931 wieder Ernst Röhm) vom 22. 10. 1931: "... diese freiwilligen Soldaten, die alle wunderbar kräftig und voll fanatischen Vertrauens, von früheren Offizieren der regulären deutschen Armee geführt sind", seien "augenblicklich eine der besten Organisationen Europas"3. Infolgedessen breitete sich innerhalb der SA-Führung auch zunehmend die Überzeugung aus, daß die SA ihre Befehlswege von denen der Gauleiter und Politischen Leiter getrennt halten müsse<sup>34</sup>. Schon 1930 hatte der für Süddeutschland zuständige OSAF-Stellvertreter Schneidhuber auch Bedenken dagegen geäußert, daß SA-Führer als Reichstagsabgeordnete der Fraktionsführung unterstünden, woraus sich eine der klaren SA-Hierarchie widersprechende Doppelunterstellung ergebe<sup>35</sup>.

Schneidhubers Darlegungen, die zur geplanten Umorganisation der SA-Spitze anläßlich des Rücktritts v. Pfeffers im Herbst 1930 Stellung nahmen, sind auch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Sie betonten den Unterschied zwischen der "soldatischen SA" und dem "Zivilisten der PO" und erklärten, daß die Gauleiter nur durch "die Idee" gebunden seien, aber nicht durch soldatische Disziplin. Sie verdankten ihre Erfolge meist ihrer Rednergabe. Einen erheblichen Antrieb bilde für sie der ehrgeizige Wunsch nach Emporkommen, wobei manche "eine Art Gottähnlichkeit erreicht" hätten, und "genau das tun und lassen" könnten, "wozu sie Lust" hätten. Schneidhuber nannte einige beim Namen, stellte z. B. dem württembergischen Gauleiter Murr, den er besonders gut kannte, ein schlechtes Zeugnis aus und warf anderen wie Julius Streicher Ideologieverfälschung und Unkameradschaftlichkeit vor. Vielfach sei die PO auch untätig und faul, und die SA sei in manchen Gebieten gezwungen, fast ganz allein zu handeln und selbständig neue Orts-

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Loeper an Org. Abt. der Reichsleitung, 28. 11. 1929; BA: Slg. Sch., 20+.

<sup>33</sup> Jochmann, a.a.O., S. 348.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Stellungnahme des OSAF-Stellvertreters Schneidhuber v. 19. 9. 1930; BA: Slg. Sch., 403.

gruppen und Stützpunkte zu gründen. Der Gau Württemberg z.B. sei eigentlich das Werk der SA, "die seit erdenklichen Zeiten nicht nur SA-Dienst macht, sondern darüber hinaus auch die gesamte politische Aufbauarbeit von sich aus übernommen und erledigt" habe<sup>36</sup>. Besonders nachdrücklich kritisierte Schneidhuber die Eigensucht und Korruption innerhalb der PO, die oft den "Geist ehrlicher Kämpfer" und Soldaten vermissen lasse. Die einfache und wirksame Disziplin der SA fehle der PO. Wenn ein SA-Führer versage, werde er sofort abgelöst, denn in der SA herrsche eine straffe Disziplin. Solange die PO dies vermissen lasse, ihre Funktionäre nicht an strenge Disziplin gebunden, sondern mehr auf den jeweiligen Willen der Führung eingestellt seien, bleibe die PO "ein unberechenbarer, nie funktionierender Haufen".

Hier wird deutlich, daß die Führungsstruktur der Parteiorganisation mit ihren Rivalitäten, ihrem Cliquen-Wesen, dem Mangel an klaren, eingeübten und unangefochtenen Befehlsverhältnissen dem an ein soldatisches Befehlsschema gewohnten SA-Führer zuwider war. Er verstand vor allem nicht, daß die Machtstellung eines Führers der PO wesentlich auf dem Geschick beruhte, Personen und Funktionen gegeneinander auszuspielen, von sich abhängig zu machen und persönliche Vertraute zu gewinnen. Die besondere Mischung von Opportunismus, persönlichem Ehrgeiz und echter Opferbereitschaft, die bei vielen Gauleitern zu spüren war, hielt der SA-Führer für Korruption und Disziplinlosigkeit. Er war – wenn auch nicht ganz zu unrecht – der Überzeugung, die Gauleiter wollten nur "zur Futterkrippe des Ministersessels" gelangen<sup>37</sup>, wie es in dem Aufruf der Rebellengruppe um Stennes an die Hamburger SA vom 25. 4. 1931 hieß<sup>38</sup>.

Demgegenüber zeichnete Schneidhuber das Idealbild des SA-Führers, der als wirklicher Herrenmensch, von asketischem Ideal durchdrungen und von persönlichem Ehrgeiz frei sei und schon deshalb nicht Gauleiter werden dürfe, damit er nicht in die schmutzige Arena des politischen Tageskampfes hinabsteigen müsse. Schneidhuber sah die Ursache der Korruption der PO im defekten Charakter der Gauleiter, denen der Zwang von oben fehle. Deshalb schlug er vor, die Gauleiter größerer Gebiete unter Statthaltern des obersten Parteiführers, vergleichbar den OSAF-Stellvertretern in der SA, zusammenzufassen.

Andererseits betonte Schneidhuber die völlige Unterwerfung der SA unter den Willen Hitlers:,, Der SA-Mann kennt nur Adolf Hitler als seinen Führer und folgt ihm allein, im Gegensatz zu den Pg., die in ihren Bereichen als Zwischeninstanz ihren gottgleichen Glauben... haben." Die SA kenne nur eins: "Marschieren wie Hitler befiehlt"<sup>39</sup>.

Angesichts des späteren Zerwürfnisses zwischen Hitler und den selbstbewußten SA-Führern um Ernst Röhm (zu deren Opfern am 30. 6. 1934 auch Schneidhuber gehörte) ist dieses Zeugnis besonders bemerkenswert. Läßt es doch entgegen mancher Annahme den Schluß zu, daß der Führer-Kult um Hitler in dieser Zeit bei der

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Vgl. Jochmann, a.a.O., S. 340.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Denkschrift Schneidhubers vom 19. 9. 1930, s. oben. 67.

SA schon eine besondere Rolle spielte, während ähnliches unter den Gauleitern noch kaum zu beobachten war. Das Verhältnis und auch der Ton der Korrespondenz zwischen den Gauleitern und Hitler war damals meist erheblich nüchterner und distanzierter. Vieles spricht dafür, daß die besondere, aus der Freikorpstradition herstammende unbedingte Gefolgschafts-Loyalität der SA leichter zur Vergötterung Hitlers führte, während der in den Gauen der NSDAP noch stark beibehaltene ursprüngliche Vereinscharakter der PO einen solchen Kult weniger begünstigte. So ist auch der Gruß "Heil Hitler" in einigen Gegenden Norddeutschlands bereits 1928 von der SA gebraucht worden, und schon 1930 bestand eine SA-Verfügung, wonach ein SA-Sturm, der mit "Heil Sturm x" angesprochen wurde, mit "Heil Hitler" zu antworten hatte<sup>40</sup>. Ähnliches hatte es auch in den völkischen Wehrbünden gegeben. So mußten die Frontbannmitglieder schwören: "Ich gelobe meinem Führer Ludendorff, den von ihm ernannten Unterführern und meiner Fahne Treue und Gehorsam bis in den Tod."41 Vieles deutet darauf hin, daß der Führerkult sich innerhalb der PO erst stärker ausbreitete, als diese die alten Vereinsstrukturen abstreifte und zur Massenorganisation anschwoll, die während des energischen Kampfes um die Macht nach 1930 die Vorstellung vom politischen Soldaten und den entsprechenden Kampfstil nach dem Vorbild der SA adaptierte. Insofern trat hier ein typischer Rückkoppelungseffekt ein.

Eines der Hauptprobleme, das sich aus dem Gegeneinander von SA und PO ergab, war die Frage der Finanzierung der SA-Verbände. Ein Führerbefehl von 1930, durch den Hitler in Konflikt mit v. Pfeffer geriet, hatte die SA-Steuer aufgehoben und die SA finanziell von der Gauleitung bzw. vom Schatzmeister der Reichsleitung der Partei abhängig gemacht<sup>42</sup>, um eine zu weitgehende Verselbständigung der SA und eine konkurrierende Finanzverwaltung von SA und PO zu verhindern. Besonders sollte dadurch vermieden werden, daß sich SA und PO gegenseitig ihre Geldgeber abspenstig zu machen suchten bzw. konkurrierende Sammlungen veranstalteten, zumal die SA hierbei mit ihren einsatzbereiten aktivistischen Männern im Vorteil gewesen wäre.

Da die Gaukassen, die selbst nur einen Teil der Mitgliedsbeiträge einziehen konnten, aufgrund der seit 1929 verstärkten Propagandatätigkeit und vielfach schlechten Verwaltung in der Regel leer waren, führte die der PO zugeschanzte Finanzhoheit aber dazu, daß die SA oft die ihnen zustehenden Mittel nicht regelmäßig erhielt. Wie ein roter Faden ziehen sich die Klagen der SA-Führer über die finanzielle Missere und das mangelnde Verständnis der politischen Führung für die Aufgaben der SA durch die damaligen Berichte der Unterführer an den OSAF oder den Stabschef der SA. In einer Konferenz mit dem Parteischatzmeister Schwarz forderten die SA-Führer am 30. 11. 1930 eine allgemeine Überprüfung der Gaukassenbücher, da sie den Verdacht hegten, daß die Gauleiter ihre Finanzlage verschleierten 43. Eine halb-

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Der Stabsführer der OSAF-Führung an NSDAP, 1935; BA: Sig. Sch., 403.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Dienstvorschrift des Frontbanns, S. 24; BA: Slg. Sch., 199a.

<sup>42</sup> H. Bennecke, Hitler und die SA, München 1962, S. 152.

<sup>48</sup> Bericht über die Aussprache in BA: Slg. Sch., 403.

wegs zufriedenstellende Kooperation in finanziellen Fragen bestand zwischen den OSAF-Stellvertretern Mitte (v. Killinger) und West (v. Fichte) mit den dortigen Gauleitern. Der OSAF-Stellvertreter Süd (Schneidhuber) beklagte sich vor allem über den Gau Oberfranken (unter Schemm), während er dem Gauführer von Unterfranken (Hellmuth) immerhin zubilligte, daß er zahle, wenn er Geld in der Kasse habe44. Einen besonders ungünstigen Bericht über seine Beziehungen zu den Gauleitungen legte der OSAF-Stellvertreter Ost (Stennes) vor. In Berlin verband sich mit den finanziellen Auseinandersetzungen zwischen SA und PO auch ein heftiger persönlicher und politischer Streit zwischen Goebbels und Stennes, dessen SA sich nicht gescheut hatte, die Räume der Gauleitung gewaltsam zu besetzen. In Pommern, wo Gauleiter v. Corswant behauptete, er habe schon Eigentum der Partei verpfänden müssen, war die Finanzmisere besonders kraß. Ähnlich erklärte der ostpreußische SA-Führer Litzmann, in Ostpreußen "bestehe zwar ein gutes Einvernehmen mit dem Gauleiter, aber ein furchtbarer organisatorischer Saustall, weshalb keine Einnahmen einflössen<sup>45</sup>!" Der OSAF-Stellvertreter Nord (Lutze) vermutete Betrug seitens des Gaues Hamburg bei der Verteilung des sogenannten Kampfschatzes, der zu Propagandazwecken vor Wahlen angelegt wurde. Dagegen waren die SA-Führer von Weser-Ems (Herzog), Hannover-Süd (Korsemann) und Hannover-Ost (Harms) mit ihren Gauleitern zufrieden.

Die Beziehungen zwischen Gau- und SA-Führern hingen, das zeigt sich hier, vielfach auch von der Person und dem Charakter der jeweiligen Akteure und ihrem größeren oder geringeren Willen zur Zusammenarbeit ab. Gleichwohl blieben die Reibungen wegen der Verteilung der Gelder bis 1933 lebendig, wenn sich auch die technische Organisation der Zusammenarbeit nach 1931 besser einspielte. Hinzu kam, daß sich in der letzten Phase der "Kampfzeit" die SA so rapide vermehrte und zu einer so schlagkräftigen Organisation ausgebaut wurde, daß viele Gauleiter den offenen Kampf nicht mehr wagten. Eine Ausnahme bildete z.B. der Gau Oberpfalz, dem der unfähige, 1933 abgesetzte Gauleiter Maierhofer vorstand. Die SA-Führung klagte hier im September 1932 über die dem Gauleiter zuzuschreibende Schrumpfung der SA-Einheiten. Ihrem Bericht zufolge war Maierhofer unfähig, auch nur 70 Prozent der der SA zustehenden Beträge abzuführen, und "selbst wenn beim Gauleiter der gute Wille zur Finanzierung der SA angenommen wird, so muß an der Verwirklichung seiner Versprechen gezweifelt werden, eine einwandfrei arbeitende Finanzorganisation zu schaffen"46. Die Marginalien zu diesem Bericht zeigen, daß damals der Gedanke aufkam, den Gau aufzulösen und dem erfolgreichen Gauleiter Schemm zu übergeben, was 1933 dann auch geschah. Ein Beispiel relativ hartnäckiger Auseinandersetzungen mit der SA noch in dieser Zeit (1932) bot in der Nachbarschaft auch Gauleiter Hellmuth, der sich dabei, ähnlich wie Goebbels anläßlich der Stennes-Affäre in Berlin, der Rückendeckung durch die SS bediente<sup>47</sup>.

<sup>44</sup> Ebenda. 45 Bericht an OSAF, 22. 9. 1932; BA: NS Misch., 640.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Bericht der Untergruppe Unterfranken an Gruppe Franken, 19. 9. 1932; BA: NS Misch., 640.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Bericht der Untergruppe Unterfranken an Stabschef der SA, 21. 9. 1932; ebenda.

Kleinere Zusammenstöße waren aber auch anderswo häufig. Die SA-Untergruppe Württemberg forderte von der Gauleitung 25000 RM, die Untergruppen in Baden und in der Pfalz erhoben Ansprüche ähnlichen Ausmaßes<sup>48</sup>. Der Gauleiter Robert Wagner von Baden hatte der SA zunächst die Konzession gemacht, daß die Angehörigen der NSBO sich gleichzeitig als Mitglieder der SA eintragen dürften und ihre Beiträge dann der SA zu übergeben seien. Später nahm er diese Anordnung wieder zurück. Besonders unangenehm war es der SA, daß Wagner sehr hohe Mitgliedsbeiträge erhob, weil dann die Erwerbslosen vor einem Eintritt in die SA zurückschreckten. Dem Gau Pfalz blieb der Zank erspart, da die Gauleitung der SA, so gut sie konnte, half, und der SA-Führer Schwitzgebel ein relativ friedfertiger Mann war. Im Bereich der Gruppe Niederrhein überwiesen die Gauleitungen Düsseldorf und Köln-Aachen die Gelder zentral an die entsprechenden Untergruppen. Sie zahlten mäßig, aber die SA-Stäbe konnten damit auskommen. Terboven in Essen hatte ein Sonderabkommen mit seiner Gau-SA geschlossen. Danach besaß die SA das freie Sammelrecht und durfte außerdem über die Hälfte des Kampfschatzes verfügen. Der Stab der Untergruppe erhielt pauschal 800 RM. Dieses System hatte zur Folge, daß zwar die SA-Stürme mit ausreichend Geld versorgt waren, die Stäbe aber unter ständigem Mangel litten. Es hatte für den Gauleiter den Vorteil, die Arbeitslast des Sammelns auf die Stürme abwälzen und gleichzeitig dem Zwang der monatlichen Zahlung an die SA entgehen zu können, ohne daß der Stab der SA zu sehr gestärkt wurde<sup>49</sup>. In der SA-Gruppe Nord bestand das gleiche zwiespältige Verhältnis zu den Gauleitungen wie im Südwesten. Die Geldsummen, welche die Gaue den Untergruppen zuwiesen, waren ungenügend. Dem Gau Schleswig-Holstein war es gelungen, mit seiner Gau-SA einen Vertrag abzuschließen, der ihn zur Zahlung von nur 600 RM für 2.500 SA-Männer verpflichtete. Die Arbeitslosigkeit der SA-Angehörigen verschärfte die finanzielle Misere sehr. Einige Stürme in der Gruppe Nord mußten ihre Aufmärsche reduzieren, und arbeitslose SA-Führer sahen sich gezwungen, den Dienst zu quittieren. Der Gauleiter von Pommern, Karpenstein, bekämpfte die SA wie Hellmuth in Main-Franken ganz offen. Er wechselte die SA-Gruppenführer seines Gaues innerhalb von  $1\frac{1}{2}$  Jahren fünfmal. Meist traten sie unter dem Druck des Gauleiters freiwillig zurück<sup>50</sup>. Es sieht so aus, als habe die oberste Parteiführung hier den Gauleiter bewußt gegen die SA unterstützt.

Als die politischen Leiter im Herbst 1932 eine besondere Uniform mit goldenen Rangabzeichen erhielten, fühlten sich die SA-Führer, die auf ihr Privileg, Uniformen zu tragen, besonders stolz waren, zurückgesetzt. Die Münchner Untergruppe berichtete: "Die prunkvolle Herausputzung der politischen Funktionäre hat den Unwillen der SA erregt. Der SA-Mann, der mit Stolz sein schlichtes Braunhemd trägt, das bisher das Ehrenkleid des aktiven Kämpfers war, kann nicht verstehen, daß das Braunhemd auf diese Weise nach außen hin entwertet wird"<sup>51</sup>. Und ein

<sup>48</sup> Bericht der Gruppe Südwest an Stabschef der SA, 21. 9. 1932; ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Bericht der Untergruppe Hamburg an Stabschef der SA, 23. 9. 1932; ebenda.

<sup>50</sup> Bericht der Untergruppe Pommern-West an Stabschef der SA, 21. 9. 1932; ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Untergruppe München-Oberbayern an Stabschef der SA, 22, 9, 1932; ebenda.

SA-Führer von Baden erklärte, die Arroganz der politischen Leiter würde von den SA-Stürmen mit einem "bitteren Lachen über die neuen Uniformen" beantwortet<sup>52</sup>.

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler 1933 hörten die Konflikte zwischen SA-Führern und Gauleitern nicht so schnell auf, wenn auch die brennendsten finanziellen Sorgen nachließen. Aus zwei Gauen sind für die Zeit der Machtergreifung im Frühjahr und Sommer 1933 noch schwere Auseinandersetzungen überliefert.

Erich Koch in Ostpreußen kämpfte erbarmungslos gegen den SA-Gruppenführer Litzmann, der schon 1930 ungünstig über den Gauleiter geurteilt, dann Anfang 1932 bei einer Vernehmung vor dem Gau-Uschla Koch als "unfähig und überflüssig" bezeichnet, ihm "Bonzentum" vorgeworfen und an Kochs Stelle den HJ-Führer Usadel zum Gauleiter vorgeschlagen hatte, da dieser sehr viel gebildeter sei als Koch<sup>53</sup>. Auch Hitler war es nicht gelungen, die Streitenden miteinander zu versöhnen. PO und SA hatten anschließend in Ostpreußen 1932/33 ihre Wahlkämpfe getrennt geführt und sich dabei sogar gegenseitig gestört<sup>54</sup>. Umso erstaunlicher, daß die Resultate bei den Reichstagswahlen in Ostpreußen für die NSDAP so günstig waren.

Koch, der in Ostpreußen einen Dauerkrieg mit allen denjenigen Repräsentanten der NS-Bewegung führte, die seine Führungsrolle nicht ohne weiteres anerkannten, scheute noch 1933, auch der SA gegenüber, nicht vor den rabiatesten Methoden zurück. Bezeichnend war folgender Fall: Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Machtdemonstration der NSDAP, die überall im Reichsgebiet nach den Wahlen vom 5. März 1933 einsetzte, hatte Koch am 7. 3. 1933 seinen inhaftierten Chauffeur mit Betrug und Gewalt aus einem Königsberger Gefängnis befreien lassen. Dieses Vorgehen, das die Autorität des Staates und Gesetzes gröblich mißachtete, wurde sogar vom Rechtsberater der ostpreußischen SA-Führung, Sanders, mißbilligt. Koch beantragte daraufhin kurzerhand den Ausschluß Sanders' aus der NSDAP. Der Vorsitzende des Reichs-Uschla entschied aber anders: "Da ich nicht umhin kann anzunehmen, daß Ihr Antrag vom 15. 3. 1933 aus den Spannungen zwischen Ihnen und dem Gruppenführer [Litzmann] erwachsen ist, schlage ich vor, den Antrag zurückzuziehen."55 Kaum war diese Affäre beigelegt, als Koch den Parteiausschluß von einigen Landwirtschaftlichen Kreisfachberatern in Ostpreußen verfügte, die sich Koch unter Berufung auf den Leiter des Agrarpolitischen Apparates der Partei, Darré, widersetzten, und von denen drei außerdem Sturmführer der SA waren. Litzmann und Darré gingen in diesem Fall zum Gegenangriff über und forderten den Parteiausschluß Kochs. Doch Koch, der selbstbewußt erklärt hatte, "Berlin wird sich an mir den Schädel einrennen", setzte sich im wesentlichen durch<sup>56</sup>. Die drei SA-Führer blieben zwar in der Partei, mußten Ostpreußen aber

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Untergruppe Baden an Stabschef der SA, 22. 9. 1932; ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Vernehmungsprotokoll des Gau-Uschla, Ostpreußen, 21. 1. 1932; DC Berlin: Koch.

<sup>54</sup> Vgl. dazu Gau-Uschla an OPG, 20. 2. 1932 und Litzmann an Röhm, 20. 1. 1932; ebenda.

<sup>55</sup> Koch an OPG, 15. 3. 1933 und Buch an Koch, 2. 5. 1933; DC Berlin: Koch.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Die zahlreichen Vorgänge zu diesem Fall; ebenda.

verlassen. Hitler hielt dem diktatorischen Gauleiter, der bald darauf zum Oberpräsidenten in Ostpreußen ernannt wurde, offensichtlich die Stange.

Das geschah nicht nur der Person Kochs zuliebe, dessen Fähigkeiten und Tatkraft Hitler hoch einschätzte. Auch die SA-Angriffe gegen weniger starke Gauleiter, so die Schneidhubers gegen den Gauleiter von Kurhessen (Kassel), Weinrich, der im Sommer 1933 die Entlassung von sechs SA-Sturmführern verlangt hatte und deshalb beschuldigt wurde, er "spiele sich in steigendem Maße als Diktator im Gau auf und verlange auch eine Einwirkung auf die SA", mußte zu den Akten gelegt werden. Hitler stützte damals offenbar ganz allgemein das Prestige der Gauleiter gegen die SA. Spielten sich erstere auch oft als Diktatoren auf, die der Reichsleitung der Partei ebenso wie der nationalsozialistisch geführten Reichsregierung Schwierigkeiten machten, so waren die Gauleiter doch im allgemeinen so stark auf ihre regionale Machtposition fixiert, daß von ihnen eine gemeinsame Fronde gegen Hitler 1933 kaum mehr zu befürchten war, während die SA-Führer noch weit stärker ein geschlossenes Führerkorps bildeten und Hitler darum als sehr viel gefährlicheres Gegengewicht erscheinen mußten. Die Gauleiter profitierten jeweils individuell von dieser Konstellation. Den Zuwachs an Macht, den sie im einzelnen erhielten, verstanden sie aber nicht geschlossen zum Einsatz zu bringen. Die Verfilzung der Parteihausmacht mit regionalen staatlichen Kompetenzen, die ein Ergebnis der Machtergreifung war, verankerte die Gauleiter noch mehr in der Landespolitik und förderte die gegenseitige Neutralisierung dieser regionalen Hausmachtpositionen.